



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 27. Januar 2010  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :** Stv. Vorsitzende

Sabine Gaedeke

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil):** 17:05 Uhr  
**Beginn (nicht öffentlicher Teil):** 18:25 Uhr

**Ende: 18:25 Uhr**  
**Ende: 18:35 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 33/09 (Drucksachenband 140)

Drucksachenlisten DL Nrn. 44/09 + NÖ (Drucksachenband 143)

Drucksachenlisten DL Nrn. 01/10 + NÖ, 02/10 (Drucksachenband 144)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die stellv. Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

## öffentliche Sitzung

### 0001            Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Sitzungsvorlage 10-V-40-0003 - GS Bierstadt - brandschutztechnische Altbauertüchtigung - i. V. mit SOKO-SV 09-V-40-0401 zugesetzt und als Punkt 22.1 der Tagesordnung behandelt.
2. Punkt 14 der Tagesordnung (Jahresabschluss Kurbetriebe) wird nach Punkt 3 behandelt.
3. Einige Punkte der Tagesordnung werden ohne Aussprache zu Beginn der Sitzung im sog. Schnelldurchgang abgestimmt.
4. Ansonsten werden gegen die Tagesordnung keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

### 0002            Genehmigung der Niederschriften vom 04.11. und 02.12.2009

Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses am 04.11. und 02.12.2009 werden genehmigt.

Einstimmig

**Zu den nachfolgenden Beschlussnummern 0003 bis 0014 findet keine Aussprache statt. Die Punkte werden im sog. Schnelldurchgang einzeln aufgerufen und abgestimmt.**

### 0003            09-V-20-0073

Investitionscontrolling 3. Quartal 2009

Einstimmig

### 0004            09-V-20-0080

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0005 10-V-20-0002**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0006 09-V-20-0090**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

**0007 09-V-52-0023**

Neubau eines Kunstrasens auf der Sportanlage Klarenthal in Wiesbaden, Geschwister-Scholl-Straße

Einstimmig

**0008 09-V-66-0236**

An der Helling in Mainz-Kastel; Neubau des Radweges  
2. Bauabschnitt

Einstimmig

**0009 09-V-36-0026**

Aktualisierung der Abrisskosten der ehemaligen Gärtnerei Thon im Wellritztal aufgrund unvorhergesehener Asbestvorkommen Ergänzung zur Vorlage 07-V-80-2346 (Beschluss Nr. 1163 vom 18.12.2007)

Einstimmig

**0010 09-V-41-0026**

Burg Sonnenberg; Sanierung der Nordwand

Einstimmig

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0011 09-V-51-0077**

Schaffung einer Krippengruppe in der Ev. Kindertagesstätte Naurod durch Umwandlung einer Elementargruppe

Einstimmig

**0012 09-V-20-0086**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2009

Einstimmig

**0014 09-V-80-2345**

Abbruch eines Gebäudes

Einstimmig

**0016 09-V-82-0005**

Mittelbereitstellung für ein Wiesbaden-Magazin

Stv. Reiß weist darauf hin, dass eigentlich vor dem Erscheinen einer weiteren Ausgabe des Wiesbaden-Magazins dem Ausschuss berichtet werden sollte.

Herr Michel (Wiesbaden Marketing) berichtet, dass im November im Magistrat entschieden wurde, die Sitzungsvorlage nicht an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten.

Stv. Gerich fragt sich, wofür der Ausschuss eigentlich einen Beschluss fasst, wenn er doch nicht umgesetzt wird. Er fragt weiter nach, ob es denn greifbare Erfolge gäbe, evtl. eine gestiegene Nachfrage nach dem Standort Wiesbaden.

Herr Michel gibt zu bedenken, dass es mittel- bis langfristig aber nicht kurzfristig zu Erfolgen kommen könne. Man habe viele positive Rückmeldungen auf das Magazin bekommen. Das Magazin könne zumindest eine Einstiegshilfe sein. Man werde auch weiterhin 2 Mal im Jahr ein Wiesbaden-Magazin auflegen, man wolle die Kontinuität und die FAZ sei das richtige Medium.

Einstimmig

**0017 09-V-82-0006**

Neue Touristinformation - Kosten

Herr Wossidlo berichtet, dass ein mtl. Miete von 5.000 € anfällt und ein Preis von 17,32 € / m<sup>2</sup> zu Grunde gelegt wurde.

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Gerich fragt nach, warum Stadtrat Bendel nicht anwesend sei, der sich hat entschuldigen lassen. Er bittet darum, Herrn Bendel erneut in die Sitzung des Ausschusses einzuladen, denn es seien widersprüchliche Angaben gemacht worden, die er mit ihm direkt klären wolle. Er wird einen Fragenkatalog vorbereiten und diesen möglichst vor der nächsten Sitzung Herrn Stadtrat Bendel vorlegen.

Einstimmig

**0018            09-V-82-0011**

Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden

Einstimmig

**0019            07-A-19-0022**

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der Kurbetriebskommission

Stv. Reiß weist darauf hin, dass bei dem Protokoll von TriWiCon vom 22.09.2009 die letzte Seite fehle. Sie wird dem Ausschuss nachgereicht.

Einstimmig

**0020            07-V-51-0063**

Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II

Herr Werner (Amt für Soziale Arbeit) berichtet mündlich, dass man mit der Software zufrieden sei und auch mit den veranschlagten Mitteln ausgekommen sei. Es gäbe ab und zu kleinere Differenzen, aber es gäbe in ganz Deutschland keinen Bereich, der mit einer besseren Software arbeiten würde. Um dies zu veranschaulichen berichtet er, dass bei einem Volumen von 11 Mio € im Schnitt 330 € nicht kontierbar sind - ein Betrag, den man im Verhältnis vernachlässigen kann.

Für den Ausschuss ist die Angelegenheit erledigt.

Einstimmig

**0021            08-F-25-0117**

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren  
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 22.10.2008 -

Herr Scheffler (Amt für Soziale Arbeit) berichtet zum Sachstand, dass das Gericht das Verfahren hat ruhen lassen. Es soll eine interkommunale Vereinbarung abgeschlossen werden. Der Hess. Städtetag

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

und Staatsminister Banzer seien angeschrieben worden. In der vergangenen Woche hätte ein Gespräch zwischen Herrn Staatsminister Banzer und Herrn Stadtrat Goßmann stattgefunden. Das Problem sei erkannt, auch das Ministerium sei an einer Lösung interessiert. Bis zum 31.12.2011 gelte das jetzige Gesetz, vorher könne keine gesetzliche Neufassung erlassen werden.

Als Lösung könne sich vorstellen, dass eine Regelung ähnlich der Krippen oder Horte herbeigeführt werde und ein Beitrag pro Einrichtung erhoben wird.

Man müsse zweigleisig fahren:

Forderungen müssten weiter gestellt werden, auch wenn klar sei, dass keine Zahlung erfolgt. Idstein sei angeschrieben worden, dass man das Klageverfahren wieder aufnehme.

Die gesetzliche Änderung wird daneben parallel betrieben.

Der Ausschuss bittet darum, in ca. einem Jahr über den Sachstand unterrichtet zu werden und hält im Beschluss fest, dass der Ausschuss das Parallelverfahren ausdrücklich unterstützt.

Einstimmig

**0022            09-V-14-0005**

Revisionsordnung

Stv. Reitz bittet darum, die Revisionsordnung als eingebracht zu betrachten und sie in der nächsten Sitzung eingehender zu beraten. Er habe sich wegen des Umfangs der zugestellten Mandatsträgerpost noch nicht im Detail mit der Vorlage beschäftigen können.

Herr Zenzen (Revisionsamt) weist darauf hin, dass die neue Revisionsordnung nur durch Beschluss in Kraft gesetzt werden könne. Es hielte es für hilfreich, die Revisionsordnung zeitnah umzusetzen.

Stv. Gerich sieht keine Notwendigkeit, die Vorlage zu schieben.

Die Sitzungsvorlage wird abgestimmt.

Einstimmig

**0023            09-V-20-0089**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2009 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Wieltsch hat eine Rückfrage zu den Wartungskosten auf Seite 1. Die Antwort wird die Kämmerei auf kurzem Weg der Geschäftsstelle mitteilen.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0024 09-V-66-0306**

Aßmannshäuser Straße; Neubau einer Kreisverkehrsanlage (äußere Erschließung)

Stv. Reiß kann nicht verstehen, dass man von der Tatsache, dass in den Fahrbahnen Teer verarbeitet wurde und dieses kontaminiert ist, überrascht wird. Das liege doch offensichtlich auf der Hand. Er fragt nach Regressforderungen gegenüber ESWE.

Prof. Dr. Bohr (Tiefbauamt) teilt mit, dass die Maßnahme von SEG ausgeführt wurde, man habe eine städtebauliche Vereinbarung getroffen. Danach stand der für die LHW anfallende Betrag fest.

Normalerweise werde Asphalt im Straßenbau verarbeitet - dafür fallen keine Mehrkosten an. Man führe Probebohrungen durch. In diesem Bereich war nicht zwingend damit zu rechnen, auf kontaminiertes Material zu stoßen. Auf ESWE kämen Forderungen wegen nicht ordnungsgemäß verlegter Leitungen zu.

Zu Ziffer 3 erklärt er, dass Verschlechterungen bei Gehwegen eingetreten seien, man habe für den Ausbau private Flächen nutzen müssen - dazu musste Vieles geklärt werden.

Stv. Gerich erklärt, dass man bei Bohrungen in der LHW Schwierigkeiten habe. Man bohre immer an der falschen Stelle; vielleicht müsse zukünftig mehr gebohrt werden. Er möchte wissen, was die Forderungen an Rückvergütung bringen.

Herr Gunkel (Tiefbauamt) veranschaulicht, dass man dort, wo Aufgrabungen durchgeführt wurden, nicht mehr der ursprüngliche Zustand vorhanden sei. Man muss dann an anderer Stelle bohren, wo noch der Ursprungszustand vorherrscht.

Man habe heute vor allem aber sehr verschärfte Richtlinien für die Deponierung. Man müsste schon zu Beginn eine Baumaßnahme festlegen, wo deponiert werden soll. Die Voruntersuchungen seien zwar kostenintensiv, aber man könne die Bohrungen mischen. Die Gesamtklassifizierung für die Maßnahme sei das Mittel (auf Nachfrage von stellv. Vors. Gaedeke)

Stv. Reiß möchte wissen, ob es möglich ist, Regressforderungen an den Gutachter zu stellen.

Lt. Herrn Gunkel ist das nicht möglich, weil nach den damals gültigen Vorschriften gebohrt wurde. Ein weiteres Problem entstünde durch die Leitungspartner, die an der Versorgungspflicht nicht gehindert werden dürfen. Die LHW sei nur für den Straßenaufbau zuständig. Auf Nachfrage von Stv. Wieltch erklärt er, dass man auf der Deponie nachweisen müsse, wo man gebohrt habe. Wenn eine höher klassifiziert werde, müsse die Charge kleiner sein.

gegen BLW

**0025 09-V-51-0074**

Beschaffung von Kraftfahrzeugen für Behinderte im Rahmen der Eingliederungshilfe

Die Sitzungsvorlage wird analog der Entscheidung des Sozialausschusses heute nicht behandelt.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0026 09-V-51-0092**

Kindertagesstätte Lebenshilfe e. V. / Dachsanierung

Es fallen 188.000 € für Asbest o. ä. zu entsorgende Materialien an. Stv. Reiß fragt nach, ob mit weiteren Kosten zu rechnen sei.

Herr Jäger (Sozialdezernat) berichtet, dass die LHW kein Bauherr sein, sondern einen Zuschuss zu der Maßnahme zahle. Bereits 2008 habe der Verein Lebenshilfe angekündigt, dass das Dach sanierungsbedürftig sei. Nach Asbest habe man nicht gesucht.

Lt. Stv. Gerich ist der Zuschuss, der 50 % der Maßnahme umfasse in Ordnung, nur der Klammerzusatz unter Ziffer 3 sollte herausgenommen werden:

-----die Sanierungskosten in Höhe von 94.000 € (50 % der Maßnahmekosten) zu bezuschussen--

Der Magistratsbeschluss wird ohne den vorgenannten Klammerzusatz beschlossen.

Einstimmig

**0027 09-V-51-0095**

Konjunkturprogramm / Kindertagesstätte Hellkundweg - Deckung der Mehrkosten

Stv. Reiß fragt nach, ob man die Maßnahme nicht generell heraus nehmen und evtl. anders finanzieren könne.

Lt. Herrn Jäger ist das nicht mehr möglich, dafür sei es zu spät. Man habe aber alles mit der Lenkungsgruppe abgestimmt.

Enth. BLW

**0028 10-V-40-0003**

GS Bierstadt - brandschutztechnische Altbauertüchtigung - i. V. mit SOKO-SV 09-V-40-0401

Diese Vorlage ist mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit der Tagesordnung zugesetzt worden.

Frau Fischer (Schulamt) teilt mit, dass der Anbau der Schule realisiert werden soll. Die Baugenehmigung werde nur erteilt, wenn der Altbau brandschutztechnisch ertüchtigt worden sei. Dadurch, dass am Gesamtgebäude angebaut werde, habe man den Bestandsschutz verloren. Schlimmstenfalls werde die Betriebserlaubnis nicht erteilt und die Gelder aus dem Sonderkonjunkturprogramm entfallen.

Stv. Schäfer möchte in diesem Ausschuss keine schulpolitische Diskussion führen. Sie merkt aber trotzdem an, dass es in der Vorlage nicht nur um die Brandschutz ginge, sondern dass im Nachhinein auch die Freiraumgestaltung mit aufgenommen worden sei. Dass die Außenfläche gefährlich sei, hätte



Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Januar 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

0031            10-V-14-0001

Prüfung der Eröffnungsbilanz 2007

Herr Zenzen berichtet kurz über die eingebrachte Prüfung der Eröffnungsbilanz, die sehr umfangreich ist. Außerdem sind einige Grundkenntnisse nötig, da mit Fachbegriffen gearbeitet werde.

Der Ausschuss betrachtet die Vorlage lediglich als eingebracht und wird sich in seiner nächsten Sitzung intensiv mit dem Thema beschäftigen.

Der Ausschuss bittet die Kämmererei, ein kleines Kompendium mit den gängigsten Fachbegriffen usw. zusammen zu stellen und dem Ausschuss rechtzeitig vor der nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Einstimmig

Anlagen

Stellv. Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Gaedeke

Reitz

Koba